

wenden die Gespannenen ...

Ercheint täglich ...

Redaktion und Haupt-Verkaufsstelle: Halle, ...

Saale-Beitung.

Gesamtdirektions-Jahrgang

Nr. 113.

Halle a. S., Mittwoch, den 8. März.

1911.

Preußen und der Vatikan.

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg über den Modernisteneid.

Abgeordnetenhaus.

43. Sitzung, Dienstag, 7. März.

Das Haus ist stark besetzt, die Tribünen sind überfüllt.

Kultusetat.

Berichterstatter ist der Abg. Dr. Wolff-Gottl (N.).

Abg. Dr. v. Bethm (N.) beantragt zur Geschäftsordnung, ...

aus als damals. (Hört! Hört! rechts.) Da kann man wohl sagen, ...

rechts.) Wir können meines Erachtens fast darauf sein, ...

die Kundgebungen der päpstlichen Kurie

über den Modernisteneid anknüpft. Meine politischen Freunde sind der Meinung, ...

Wenn jener Eifer eintreten sollte, würden Nachteile für unser ganzes nationales Leben eintreten, ...

Gefinnungsrichterei,

die wohl von seiner Seite gewünscht wird. (Sehr richtig! rechts.)

kann zu Konflikten führen, die wir im Interesse der Staatsverwaltung nicht bedauern würden. Es ist mir bekannt worden, ...

Ministerpräsident v. Bethmann Hollweg:

Ich will an die Ausführungen anknüpfen, die der Vortrager am Schluß über die Dekrete der Kurie gemacht hat, ...

eine tiefe Bewegung in Deutschland

entstanden ist. (Sehr richtig!) Sie hat eingeleitet bei den Bestimmungen des Antimodernisteneides.

katholische Kirche in ihrem kirchlichen und religiösen Interesse für notwendig, ihre Diener unter diesen Eid zu stellen, so ist das lediglich ihre eigene Angelegenheit. (Sehr richtig! im Zentrum.) Weder der Staat noch die evangelische Kirche haben ihr da hineinzureden. Diese grundsätzliche Auffassung besagt aber nicht, daß der Staat über die Folgen hinwegsehen könnte und müßte, welche sich daraus für das friedliche Nebeneinanderleben der Konfessionen ergeben. (Sehr richtig!) Dieses friedliche Nebeneinanderleben ist in jedem Kulturlande ein unmittelbares Staatsinteresse. Wenn ich zunächst auf unsere katholischen Anbänger sehe, so hat sich ein Widerstand gegen die Anforderungen der Kurie nur in ganz vereinzelten Fällen ergeben. Im ganzen sind der Episkopat, der niedere Klerus und die Laien einmütig in der Anerkennung der vollkommenen Zuständigkeit der Kurie, derartige kirchliche Anordnungen zu erlassen. Das ändert aber nichts daran, daß Bedenken darüber entstehen können, ob es notwendig und zweckmäßig war, diese Dekrete für Deutschland zu erlassen (Sehr richtig!), und daß Wünsche auf eine größere Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse der christlichen Konfessionen in Deutschland sich ergeben. Auf katholischer Seite muß man damit rechnen, daß die Bindung, welche im Antimodernisteneid liegt,

dem evangelischen Empfinden besonders fremd

ist. (Sehr richtig!) Allerdings hat diese Bindung, wie von katholischer Seite betont wird, auch schon vor der Einführung des Eides bestanden, und ich meinerseits will es völlig dahingestellt sein lassen, ob dieser Eid irgend etwas Neues enthält. Die Tatsache aber, daß in ihm grundlegende konfessionelle Unterschiede gewissermaßen auf eine Formel, und zwar eine sakrosankte Eidesformel gebracht sind, war nur zu geeignet, konfessionelle und Glaubensgenossen neu zu beleben. (Sehr wahr! links.) Ihre praktische Wirkung übt die Bewegung, die dadurch entstanden ist, aus auf die Stellung der katholischen Fakultäten bei den Universitäten und auf den weltlichen Unterricht, den vereidigte Geistliche an unseren höheren Schulen erteilen. Ganz zutreffend mußte der Kultusminister in der Kommission von der Bindung sprechen, die nach dem Urteile mancher Kreise die katholischen Fakultäten durch den Antimodernisteneid erfahren haben, von einer Bindung, die sogar den Bestand der Fakultäten einmal gefährden könnte. Auch die Werbung, die dem Unterricht an den Gymnasien zuteil wird, kann nicht unberührt bleiben von den Auffassungen, mit denen die evangelische Bevölkerung dem Antimodernisteneid gegenübersteht. In allen diesen Beziehungen ist die Erregung, welche bei uns entstanden ist, die allgemeine Atmosphäre, die sich daraus gebildet hat, von unmittelbarer Bedeutung für die Staatseintritte und das Staatsinteresse. Ich muß es aber mit voller Bestimmtheit und mit allem Nachdruck aussprechen, daß, abgesehen von diesen praktischen Zusammenhängen, konfessionelle Empfindungen und Bestimmungen niemals zur Grundlage politischer Entschlüsse werden können.

Ich bin in der Presse der Ansicht begegnet, der Gewissenszwang des Antimodernisteneides sei so stark, daß auch der Staat dagegen protestieren müsse; man hat sogar gemeint, er sei mit den Grundrechten der preussischen Verfassung unvereinbar. Das trifft natürlich nicht zu. Wer katholischer Geistlicher werden will, hat sich den Bedingungen seiner Kirche zu unterwerfen.

Ob er Geistlicher werden will, ist seine Sache, niemand zwingt ihn dazu; wird er es aber, so begibt er sich eines Teiles seiner Freiheit, und kein Artikel der Verfassung unterläßt es, derartige Freiheitsbeschränkungen auszubehnden oder zu übernehmen, sie seien denn im Geleche selbst verboten. Das ist aber bei den Bestimmungen des Antimodernisteneides nicht der Fall. Der Staat würde also gar keinen geistlichen Titel haben, gegen den Eid vorzugehen. Bedinglich deswegen Verwahrung einzulegen, weil er protestantischen Ueberzeugungen zuwiderläuft, wäre eine

konfessionelle Gesühlpolitik,

die niemals Aufgabe des Staates sein könnte. (Sehr richtig! im Zentrum und rechts.) So gewiß ich einem großen Teile der evangelischen Bevölkerung aus dem Herzen sprechen würde, wenn ich derartigen konfessionellen Empfindungen Ausdruck gäbe, ebenfalls unzweifelhaft würde die katholische Ueberzeugung auf das tiefste verletzt werden, wenn ich Gegenstände vor das Forum der Volksvertretung zöge, für die uns die Kompetenz fehlt. (Sehr gut! im Zentrum.) Ich beschränke mich nun auf die Wirkungen, welche diese Dekrete auf die Beziehungen des Staates zur Kirche hervorgerufen haben. Neben den Bestimmungen über den Antimodernisteneid kommen noch die Bestimmungen über die Kommunion der Kinder und über die Amotion der Geistlichen in Betracht. Den Streit darüber, ob alle diese Dekrete rein innerkirchliche Angelegenheiten betreffen, halte ich für überflüssig. Dagegen ist zu unterzügen, ob bei ihren Ausführungen die kirchlichen Grenzgebiete berührt oder überschritten werden. Inwiefern dies beim Antimodernisteneid zutrifft, habe ich schon ausgeführt. Bei der Kommunion der Kinder ergibt sich diese Berührung der staatlichen und kirchlichen Gebiete ohne weiteres aus der Schulordnung. Soll die Schulordnung nicht gestört werden, so müssen die kirchlichen Organe und staatlichen Schulbehörden sich gegenseitig verständigen. Die Bestimmungen über die Amotion der Geistlichen sollen eine zweckmäßige Verwaltung des geistlichen Amtes herbeiführen. Sie berühren aber auch zugleich die schon oben erwähnte Grenze. Sie können auch die Möglichkeit geben, einen Einfluß auf Entzerrung des Geistlichen und damit zugleich auf Werbung der Pfarrstellen zu beanspruchen. Endlich kann sich nach den bekannten Bestimmungen des Gesetzes vom 12. Mai 1873 der Fall ergeben, daß die staatliche Mitwirkung bei Entzerrung eines Geistlichen verzweigert wird. Das werden die Fälle sein, in denen bei Ausführung der Dekrete Konflikte entstehen können.

Die Kurie hat es nicht für zweckmäßig gehalten, sich vor dem Erlass dieser Dekrete mit uns darüber auszusprechen. (Hört! hört!) Fordern konnten wir das nicht, aber es hätte geheißen sollen. (Sehr richtig!) Es hätte von vornehmern Erregungen und Bestimmungen die Spitze abgedreht, die die Atmosphäre auch über das konfessionelle Gebiet hinaus verschlechtert haben.

Gleichwohl konnte der Kultusminister bei der ersten Lesung des Staats der Ansicht Ausdruck geben, daß die Freilassung der Universitätsprofessoren und der Gymnasiallehrer von dem Antimodernisteneid ein Angelegenheit für den Wunsch der Kurie zu sein scheint, die Schwierigkeiten zu vermeiden, die sich gerade bei diesen Personen ergeben. Der unmittelbare darauf veröffentlichte Brief des Papstes an den Kardinal Bischof mußte den Eindruck erwecken, daß man bei der Kurie eine andere Auffassung hatte. (Sehr richtig!) Man hat sogar gemeint, dieser Brief sei eine direkte Antwort auf die Rede des Kultusministers gewesen. Man hat darin

eine gewollte Brückensicherung der Regierung

erblicken wollen. Das ist nicht richtig. Der am 31. Dezember gesendete Brief konnte keine Antwort auf die Verurteilungen sein, die am 14. Januar gefaßt waren. Auch die Veröffentlichung des Briefes ist nach den Erklärungen, die ich von der Kurie erhalten habe, mit diesen Verurteilungen des Kultusministers nicht in Verbindung zu bringen. Das ändert aber nichts daran, daß dieser Brief geeignet war, die bestehende Erregung zu steigern (Zustimmung) und daß er einen Teil der Annahmen, von denen der Kultusminister ausgegangen war, als irrig erwies. (Sehr richtig!) Mit Recht hat man gefragt, welche Stellung die Regierung gegenüber dieser Haltung der Kurie einnehmen habe.

M. S., ich habe durch unseren Gesandten beim Vatikan den Kardinalstaatssekretär auf die Erregung aufmerksam gemacht, die durch den Antimodernisteneid hervorgerufen worden ist. Ich habe ihm die einzelnen Punkte bezeichnen lassen, wo Konflikte mit dem Staat eintreten könnten. Ich habe auch der Kurie keinen Zweifel darüber gelassen, daß ihr die Verantwortung für Konflikte, die entstehen sollten, allein zufällt (Beifall) und daß, nachdem sie die Dekrete ohne Fügung mit dem Staat erlassen hat, ihr auch allein die Aufgabe obliegt, nach Mitteln und Wegen zu suchen, wie die Folgen der Erregung nach Möglichkeit abgeschwächt werden könnten, und wie bei der weiteren Ausführung der Dekrete Konflikte mit dem Staat zu vermeiden sind. (Beifall.) Die Kurie hat mir darauf geantwortet, daß sie weit davon entfernt sei, irgend welche Konflikte mit dem Staat zu suchen (Bewegung), sie aber auch nicht voraussetze. Der Kardinalstaatssekretär hat gleichzeitig diejenigen Personen bezeichnet, welche zu einem Eide nicht herangezogen werden sollen. Ich fürchte, daß die gewissermaßen optimistische Auffassung der Kurie, als ob alle Folgen der erzeugten Erregung wieder ganz ausgeglichen werden könnten, zu weit geht. (Lebhaftes Sehr richtig!)

Sollte es sich bewahrheiten, daß bei der weiteren Ausführung der Dekrete diese Zusammenstöße erfolgen, so werde ich der erste sein, der sich darüber freut. Mir werden aber in dieser Beziehung die weitere Entwicklung abzumarten haben. Was speziell den Antimodernisteneid betrifft, so ist er definiert in dem Schreiben des Kardinalstaatssekretärs an den Kardinal Kopp. Es sind Meinungsverschiedenheiten darüber entstanden, ob dieser Brief eine Folge unserer Vorstellung bei der Kurie gewesen ist. Der Kultusminister hat dies in diesem Zusammenhang in der Kommission festgestellt, daß der „Observatore Romano“ und der „Corriere d'Italia“, beides Blätter, denen offizielle Beziehungen von Vatikan zugesprochen werden, haben sich bereit, festzustellen, daß der Brief nicht infolge unserer Vorstellungen geschrieben worden sei. (Hört! hört!) Dem gegenüber stelle ich fest, daß der Kardinalstaatssekretär dem Gesandten von Mühlberg am 14. Februar erklärt hat, daß er den am 10. Februar geschriebenen Brief an den Kardinal Kopp veröffentlicht habe infolge der Vorstellungen, die wir ihm am 8. Februar gemacht haben. (Hört! hört!) Ich kann nicht einsehen, welchen Wert die von den beiden italienischen Zeitungen beliebige Distinktion zwischen dem Schreiben und der Veröffentlichung des Briefes haben soll. Sollte sie etwa darauf hinausgehen, nur ja keinen Glauben daran aufkommen zu lassen, daß Vorstellungen unsererseits bei der Kurie irgend einen Erfolg haben könnten, so würde ich nicht glauben, daß das geeignet wäre, normale geschäftliche Beziehungen zu fördern. (Heiterkeit und lebhafter Beifall.) Inhaltlich stellt der Brief an den Kardinal Kopp fest, daß wir in der Annahme, daß alle geistlichen Gymnasiallehrer zur Leistung des Eides nicht herangezogen werden, zu weit gegangen sind. Inhaltlich scheidet mir der Brief, ich will mich ganz vorzüglich ausdrücken (Heiterkeit), die Vorstellung abzumachen, so sollen, daß durch den Brief an Kardinal Bischof ein moralischer Druck auf die Universitätsdozenten zur freiwilligen Ablegung des Eides ausgeübt werden sollte. Zweifellos hat, das hat der Kardinalstaatssekretär ausdrücklich erklärt, die Veröffentlichung den Zweck verfolgt, die durch den Brief an den Kardinal Bischof erzeugte Erregung zu beschwichtigen. Die Kurie hat uns entsprechend dem diplomatischen Brauch ihre Erklärungen in mündlicher Form gegeben, nachdem auch wir unsere Vorstellung in mündlicher und nicht in Notenform erhoben haben. Ich habe die Vorgänge im Einzelnen geschildert, weil nur ihre Kenntnis ein Urteil über die gesamte Situation meiner Meinung nach ermöglicht. Nun ist gefordert worden, daß der Staat oder die Regierung die Maßnahme der Kurie mit scharfen Gegenmaßnahmen bebandelt. Als solche sind genannt worden, Aufhebung der theologischen Fakultäten, Aufhebung des weltlichen Unterrichts durch die geistlichen Lehrer,

Aufhebung auch unserer Gesandtschaft

beim Vatikan. Sie wollen mir gestatten, daß ich auch auf diese letztere Frage hier eingehe, wiewohl sie, wie ich schon beim Etat des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten besonders besprochen werden soll; aber sie hängt mit dem hier zur Verhandlung stehenden Gegenstände zusammen, insofern wir sie nicht übergehen können. Wenn ich die Verhältnisse in Preußen und in Deutschland richtig beurteile, so hat bei uns niemand Sehnsucht nach dem Kulturkampf. (Allgemeine Zustimmung.) Beide Konfessionen sind befreundet gewesen, friedlich miteinander zusammengekommen. Und wo Glaubensgenossen, konfessionelle Gegensätze einmal härter hervorgerufen sind, hat, wie ich glaube, auf keiner Seite die Absicht vorgelegen, einen Kampf heraufzubeschwören. Dieser Stimmung im Volk hat die Regierung durchweg Rechnung getragen, und ich habe keine Gelegenheit gehabt, zu beobachten, daß der preussische Episkopat sich von anderen Absichten leiten lassen (Zustimmung.) Im Gegenteil, hochangesehene und auch tüchtige Bischöfe erblicen ihre Lebensaufgabe darin, gerade auf dem so schmerzlichen Boden des kirchlichen und staatlichen Grenzgebietes jeden Anstoß zu vermeiden. Konflikt ist notwendig, denn es kann sich immer nur um den Modus vivendi handeln. Aber wir hatten einen solchen Modus gefunden, und der war, wenn Sie sich von ihm ein Gesamtbild machen, vereinzelte Vorankommnisse feine allgemeine Bedeutung beilegen, ein friedlicher. Niemand in Deutschland — ich glaube, ich kann das getrost aussprechen, hat irgend welche Forderungen danach, daß dieser Zustand geändert wird. Wir müssen nicht, daß uns von außen Steine in den Garten geworfen werden.

Ich kann aber nicht finden, daß alle Maßregeln der Kurie aus letzter Zeit diejenige Kenntnis und diejenige Rücksichtnahme auf die preussischen und deutschen Verhältnisse zur Grundlage gehabt hätten, die unerlässlich ist, um den befriedigenden Zustand, unter dem wir leben, zu erhalten. (Beifall.)

Nur so kann ich eine Erklärung für manche Vorgänge der letzten Zeit finden. Der Papst hat uns wiederholt versichert, daß ihm die Aufrechterhaltung des friedlichen Verhältnisses zwischen unserem Staat und der Kirche am Herzen liegt und ich bin sehr davon durchdrungen, daß dies der überzeugte Wunsch und Wille des Papstes ist. Aber dieser Wille ist durchkreuzt. Einigungen sind diejenigen der Borromäus-Engpässe sind vorgekommen, die in den Verhältnissen anderer Staaten ihre Begründung finden mögen, die aber in Deutschland schwerere Bedenken hervorrufen. (Sehr richtig! rechts.) Auf das Wirken welcher Kräfte dieser Widerspruch zurückzuführen, kann ich nicht unterlassen. Ich kann nur den Widerspruch feststellen, weil aber auch mit diesem Widerspruch rechnen. Mühte ich von der Ueberzeugung ausgehen, daß die vom Papste erlassenen Kundgebungen darauf hinausgingen, das staatliche Interesse zu übergehen, dann würde die Stellungnahme leicht einfaß. Dann hieße es Kampf gegen Kampf. Diese Voraussetzung trifft nicht zu, auch in Deutschland niemand nach einem Kulturkampf süßten ist, kommt es vor allem darauf an, daß die Regierung ihre Position sine ira wählt. Von diesem Standpunkt aus ist meine Beurteilung der genannten staatlichen Maßregeln folgende: Ueber den Nutzen, den die katholischen Fakultäten haben, sind die Ansichten geteilt. Auf der einen Seite wird die Meinung vertreten und sie trägt sich auf sehr wichtige Gründe, daß es nur von Vorteil sein könnte, wenn die heranwachsende katholische Geistlichkeit ihre Vorbereitung auf den Intelligenz empfängt, deren Licht und Wärme ebenso zufließt, wie den anderen Fakultäten. (Sehr richtig! rechts.) Man hat nicht immer diese Ansicht vertreten. Bismarck hat im Jahre 1857 eine andere Ansicht geäußert auf Grund der Beobachtung, die er während des Kulturkampfes gemacht hatte, daß die schärfsten und erbittertesten Gegner des Staates diejenigen Geistlichen seien, die aus den katholischen Fakultäten hervorgingen. Diese Beobachtung ist unter den heutigen Verhältnissen nicht mehr anzuwendbar. Ich bin der Ansicht, daß man den Wert der katholischen Fakultäten nicht unterschätzen soll. Ich gehe noch weiter. Man soll die Frage nicht so stellen, welchen Wert haben die katholischen Fakultäten, sondern, wenn darüber diskutiert wird, ob wir die Fakultäten aufheben sollen, muß man fragen, welches Interesse würde der Staat daran haben, Institute, welche bestehen, und welche unternommen einen Schaden zufügen, aufzugeben. Eine solche Notwendigkeit liegt in keiner Weise vor. Die katholischen Studenten werden ebenso gut wie bisher auch nach Einführung des Antimodernisteneides ihre Vorbereitung in den katholischen Fakultäten finden können. Der Staat wird niemals für sich in irgend welcher Form die Befugnis beanspruchen, bestimmen zu sollen, ob und in welcher Form den katholischen Studenten Glaubenslehre vorgetragen werden sollen. Das ist nicht Sache des Staates. Erhalten sich die katholischen Fakultäten, und das ist mein Wunsch, bei den Lehrern und bei den Schülern und in dem Gesamtorganismus der Universität diejenige Wirkung, welche Verbindung für ihre Existenz ist, so werden sie weiter mit Nutzen für die katholische Bevölkerung und für den Staat fortbestehen. Sollten sie, was ich nicht wünsche, diese Wirkung verlieren, so werden sie von selber absterben. Fremde ein Interesse des Staates, ohne eine weitere Entwidlung abzuwarten, diese Fakultäten zu befestigen und damit unsere katholische Bevölkerung, deren Wünsche ebenso berücksichtigt werden müssen, wie diejenigen der übrigen Bevölkerung, zu schädigen, kann ich nicht als bestehend anerkennen. Etwas anders verhält es sich mit dem

Unterricht an den Höheren Schulen.

Ich habe Verständnis für die Auffassung, welche in manchen Kreisen herrscht, daß es bedenklich sei, den Unterricht im Deutschen, in der Geschichte Personen zu übertragen, die in ihrer Lebrißigkeit durch den Antimodernisteneid ebenfalls enger gebunden sind, als Lehrer, welche diesen Eid nicht geleistet haben. Aber es handelt sich darum, soll man diese Lehrer von den Gymnasien entfernen? Eine zwingende Not-

wenigkeit hierfür halte ich nicht für geboten. Denn ich sehe nicht ein, warum diejenigen Lehrer, welche bisher zur vollen Zufriedenheit der Schulbehörden den Unterricht in profanen Schulfächern erteilt haben, dieser nicht auch nach Leistung des Antimodernisteneides erteilen können sollten. Selbstverständlich müssen auch in Zukunft die allgemeinen und speziellen Bedürfnisse der Schulen bedacht werden. Unzweifelhaft ist es, daß gerade diese Frage eine neue bedeutendere Reibungsfläche zwischen Staat und Kirche und innerhalb der Konfessionen geschaffen hat. Und so sehr der Staat bedauern muß, daß diese Reibungsfläche entstanden ist, ohne sein Zutun, ein so lebhaftes Interesse hat er daran, diese Reibungsfläche, so weit es an ihm liegt, zu beseitigen.

Darum wird sich der Staat — und darin bin ich mit dem Kultusminister völlig einverstanden — in Zukunft gewöhnen sehen, darauf Verzicht zu leisten, Gelehrte, welche den Eid geleistet haben, den Unterricht, z. B. im Deutschem,

in der Geschichte neu zu übertragen. (Hört! hört!) Ich habe mich absichtlich exemplarisch ausgedrückt, denn niemand wird bezüglichen Personen den weiteren Unterricht in der Mathematik, im Griechischen, im Lateinischen nehmen wollen. (Hört! hört!)

In ähnlicher Weise wird der Staat auch bei der Uebertragung anderer Staatsämter in Zukunft eine gewisse Zurückhaltung üben müssen.

Er greift damit in keiner Weise gegen den Antimodernisteneid ein. Aber es steigt ein staatliches Interesse vor, nachdem einmal Dinge hervorgerufen sind, welche dem kirchlichen Nebeneinanderleben der Konfessionen nachträglich sind, diesen Gegenständen keine neue Nahrung zu bieten. Die Gesundheitspflege beim Karikat hat das Abgeordnetenhaus wiederholt beschäftigt. Ich brauche Ihnen nicht die einzelnen Phasen ihrer Geschichte ins Gedächtnis zurückzurufen. Ich will nur das hervorheben, Bismarck, der sie aufgehoben hatte, hielt es für zweckmäßig und nützlich, sie wieder einzuführen. Diese Tatsache sollte auch für ihre Gegner nicht ohne Bedeutung sein. Hauptgeschäft wird gegen die Gesundheitspflege mit dem Grunde gefascht, daß es nicht gelingen sei, und nicht gelinge, die Kurie von Maßregeln abzuhalten, die uns unangenehm sind, oder Maßnahmen herbeizuführen, die unseren Wünschen entsprechen. Wenn nach diesem Prinzip gehandelt werden sollte, dann müßten wir leider noch manche andere aufheben. (Selbstert und Zustimmung.) Aber dieser Grund ist auch sachlich nicht absolut richtig.

Die Gesundheitspflege hat uns wiederholt gute Dienste geleistet. Zugeben muß ich allerdings, daß in letzter Zeit die Kurie zwecks Informationen über die deutschen Verhältnisse nicht denjenigen Nutzen aus dem Besetzen der Gesundheitspflege gezogen hat, den wir gern gewünscht hätten. (Hört! hört! und Zustimmung.) Kolle Resipizität ist aber gerade bei dieser Mission eine unentbehrliche Voraussetzung für ihr geistliches Wirken. (Sehr richtig!) Sollte sie auf die Dauer in Wegfall kommen, so würde ich allerdings befürchten müssen, daß dadurch die Gegner der Gesundheitspflege eine nicht zu unterschätzende Unterstützung erfahren werden. (Sehr richtig!)

Im gegenwärtigen Augenblicke diese Konsequenzen zu ziehen, würde nicht im Staatsinteresse liegen und würde auch in ganz unrichtiger Weise die Wünsche des überwiegenden Teiles unserer katholischen Bevölkerung nach der Aufrechterhaltung dieser Gesundheitspflege unberücksichtigt lassen. Ich bin bestrebt gewesen, die Lage, in die wir verwickelt worden sind, unbefangenen zu schildern. So lebhaft ist die Regierung besorgt, daß sie bei manchen Maßnahmen der Kurie nicht diejenige Berücksichtigung unserer Verhältnisse finden können, welche notwendig ist, um die von uns allen aufrichtig gewünschte Erhaltung friedlicher Verhältnisse zwischen Staat und Kirche zu garantieren, ebenso ist es ihre Pflicht, ihrerseits alles zu vermeiden, was ihr den Vorwurf des ab irato eintragen könnte. Jede Seite im Suche der Deutschen Geschichte zeigt davon, welche Verantwortung derjenige auf sich lädt, der, anstatt das friedliche Nebeneinanderleben der Konfessionen zu fördern, Unfriede und Zwietracht sät. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Wir können nur mit einem kühlen Kopfe und ohne eigenes Verschulden über die gegenwärtigen Zustände hinwegkommen, wenn wir in voller Ruhe unsere Maßregeln ergreifen und wir dabei an der Hoffnung festhalten, daß es sich um einen gegenwärtigen Zustand handelt, der bei den Verhältnissen, dem Frieden geeigneten Dispositionen des Papstes nur als ein vorübergehender anzusehen sein möchte. Die Güter, die ein Volk bilden, sind zu hoch, als daß wir dem Aufwallen von Leidenschaften oder dem Eingeben von Tagesmeinungen folgen könnten. Wenn von irgend einem Kampfe, so hat von dem Kulturkampfe das Wort gekollert; plebuntur Achiui.

Die Vorstellung, daß die Regierung vor einer ersten Auseinandersetzung mit Rom, auch mit Rücksicht auf die politische Stellung des Zentrums juristisch, ist irrig.

Dieser Vorwurf mag in Deutschland populär sein, und kaum irgend ein preussischer Staatsmann ist ihm entgangen, auch nicht unser größter Staatsmann Bismarck, und doch hat gerade dieser Bismarck nach dem Kulturkampfe seinen Frieden mit Rom geschlossen für eine Zeit, wo er mit dem Zentrum in bitterer Feindschaft lag. Alle Parteien werden dem Vaterlande keinen größeren Dienst leisten können, als wenn auch aus dieser Debatte klar hervorgeht, daß es uns allen und die Aufrechterhaltung des Friedens zu tun ist, und daß wir alle den Wunsch hegen müssen, der Preussische Staat möge diesen Frieden wahren, so lange es ohne eine Minderung seiner weltlichen Interessen und seiner Würde geschehen kann. (Lebhafte Zustimmung.)

Hg. Dietrich. (Ztr.): Ueber unkontrollierbare Zwischenfälle, die in der ganzen Bewegung über die päpstlichen Dekrete gemacht wurden, können wir nicht sprechen. Der Modernismus bedroht das Christentum. Daraus ist das Eingreifen des Papstes zu erklären. Der Antimodernisteneid kann von jedem Katholiken ohne weiteres geleistet werden. Die Möglichkeit von Konflikten ist bei der eigenartigen Doppelstellung der Gelehrten immer gegeben. Aber deshalb hat der Heilige Stuhl jene Gelehrten, die in solcher Doppelstellung sind, von der Leistung des Eides entbunden und damit gesagt, daß er jeden Konflikt vermeiden will. Wenn der Modernisteneid verlangt, daß nicht ohne Rücksicht auf das Wort Gottes und die ewigwährende Wahrheit geleistet werden soll, so ist es der historische Fortschritt, keineswegs ein Verstoß. Die Betrachtungen über die Eidesleistungspflicht der katholischen Fakultäten müssen uns tief verletzen. Jeder hat auch der Ministerpräsident eine kräftige Erwiderung darauf unterlassen. Allen, was von uns ausgeht, begegnet man mit einer misstrauischen Kritik. Wenn wir vor den Auffassungen des anderen Respekt haben, wird es besser werden; wenn uns der Herr des Himmels auch nicht wieder zur Einheit der Religion zurückführen sollte, werden wir uns doch schließlich friedlich vertragen. — Der Zweck der hier besprochenen Maßnahmen der Kirche ist doch die Erhaltung der Grundlagen des Christentums, und daran muß ein christlicher Staat das größte Interesse haben. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.)

Hg. Dr. v. Camps (N.): Der Ministerpräsident hat in dieser schwierigen Materie eine Stellung genommen, die uns in vieler Hinsicht durchaus befriedigt. Dazu gehört in erster Linie die bestimmte Erklärung, daß die Staatsregierung sich entschlossen habe, für die Zukunft Gelehrte, die den Modernisteneid geleistet haben, zum Unterricht in Deutsch und Geschichte nicht mehr zuzulassen. (Zurufe im Zentrum: Leider!) Ich sage nicht „leider“, meine Freunde haben diese Forderung schon in der Subkommission gestellt, und am anderen Tage schrieb eine der angesehensten katholischen Zeitungen dazu: „Ja, diese Annahme!“ Demals ging das gegen uns, jetzt geht es gegen den Ministerpräsidenten. Hier ist die Staatsregierung eher aufgetreten als die konservative Partei, und ich freue mich, daß der Ministerpräsident bei aller Milde und Bescheidenheit doch einen gewissen

Con der Energie

und Entschiedenheit nicht das vernünftige lassen, ohne die wir immer unten liegen werden. (Sehr richtig! links.) Uns freut das (Zurufe im Zentrum: Natürlich!) deshalb, weil wir uns über den professionellen Frieden freuen. (Lachen im Zentrum.) Ihr Reden beweist uns, daß Sie an diese Frage nicht mit der nötigen Ehrlichkeit heranzutreten wollen. Im einstimmigen Auftrag meiner Freunde habe ich zu erklären, daß ich diese Forderung, die in der Begründung dieser Frage keine Einseitigkeit auszusprechen, die uns irgendwo in einen neuen Kulturkampf ungesunden Augenblicks hineinführen könnte. (Zuruf im Zentrum: Ja, na!) Glauben Sie es, oder nicht, wir stehen hier als ehrliche Männer und dürfen erwarten, daß Sie uns glauben. (Beifall links.) Ich erinnere Sie an das, was Hr. Abgeordneter Dietrich uns soeben gesagt hat, daß, wenn wir zum Frieden kommen und ihn aufrecht erhalten wollen, das gegenseitige Mißtrauen erst einmal aufhören muß. (Sehr richtig! links.) Wenn Sie uns mit Mißtrauen entgegenkommen und Ihre Freundschaft erwarten — in dem Jahre der Vorromanus-Engliffa (Sehr gut! links), dann dürfen Sie sich nicht wundern über die Stimmung im Lande. Wir wollen in innere kirchliche Angelegenheiten nicht hineinbrechen, wir wünschen nicht, daß irgendwo mit weltlichen Armen in innere kirchliche Angelegenheiten der Katholiken hineingetrieben wird, und Sie (zum Zentrum) werden uns überall auf Ihrer Seite finden, wenn auf irgend einer Seite derartige Verträge auftreten sollten. Aber das heißt nicht, daß wir alle diese Interessen, die auf diesem Gebiete gefaßt erscheinen, preisgeben sollten, es heißt das nicht, daß wir zum Stillstehen uns verurteilt sehen müßten überall da, wo staatliche Interessen und staatliche Rechte auf dem Spiele stehen. Wir müssen bei den Verhandlungen uns der schwereren Verantwortung bewußt bleiben und jedes verlegene Wort vermeiden, das den Besonnenen und der Besonnenheit zu zeigen, daß abseits von den Besonnenen und abseits von diesen geistigen Fragen herabreden können, ohne sich gegenseitig zu verletzen. Es läge nahe, darüber zu sprechen, daß die katholische Kirche eine der bedeutendsten Machtfaktoren in unserem engeren Leben ist, und daß es deshalb auch für den Staat nicht gleichgültig sein kann, welcher Geist in dieser katholischen Kirche herrscht, ob mehr der dogmatische oder der deutsche. Aber ich will es nicht tun, um nicht dem Vorwurf mich aussetzen, zu inneren kirchlichen Fragen Stellung zu nehmen. Wir sprechen hier nicht aus Staatsnähe und als Katholiken, sondern als Politiker vom Standpunkte des paritätischen Staates aus. (Sehr richtig! links.) Nach dem Modernisteneide soll die Stellung des Gläubigen und die Stellung des Historikers voneinander nicht zu trennen sein. Nach diesem Grundsatze würden wir allerdings uns hier als Katholiken und als Evangelische gegenüberstellen, und nicht als Politiker. Zuerst wurde uns vom Minister mitgeteilt, daß nach Informationen von autoritativer kirchlicher Seite die Theologieprofessoren an den Universitäten und die Oberlehrer den Eid nicht zu leisten hätten. Dann kam die Einschränkung: nur die Professoren ohne Amt nicht. Dann kam

der moralische Druck,

daß diejenigen, die den Eid nicht leisten, als jämmerlich, belagenswert bezeichnet wurden. Dann wurde in dem Briefe an den Kardinal Kopp der moralische Druck etwas abgemildert. Dann erklärte uns der Minister in der Kommission, daß der Brief an den Kardinal Kopp die Antwort ist, die unser Geländer von der Kurie verlangt hätte. Und schließlich erfahren wir in der „Romano Oberatore“, daß die Antwort in diesem Briefe irgendeine Bedeutung nicht habe. Ob das nun tatsächlich eine offizielle Antwort an die preussische Regierung ist, ist jetzt also noch nicht feststehend. Hier freut es meine politischen Freunde allerdings, daß auch der Ministerpräsident in dieses Ziel der Kurie hineingeleuchtet hat, und

der preussische Staat muß hier dafür sorgen, daß dieses Schauspiel, das nun schon im vorigen Jahre bei der Vorromanus-Engliffa mit dem preussischen Staat, mit der preussischen Regierung und mit uns allen getrieben ist, endlich einmal aufhöre. (Lebhafte Zustimmung.)

Wenn wir uns auf das, was unserm Geländen von einer fremden Macht folgt, nicht mehr verlassen können, dann hört jeder politische Versteher auf. (Lebh. Zustimmung.) Der Ministerpräsident sollte sich hier der Kurie gegenüber auf den Standpunkt stellen: Alle Antworten will ich schriftlich mit Brief und Siegellack haben. (Lebh. Beifall links.) Wenn es Brauch ist, bei mündlichen diplomatischen Verhandlungen auch eine mündliche Antwort zu bekommen, dann sollte der Minister des Äußeren sich auf den Standpunkt stellen, daß er dem preussischen Volke schuldig ist, daß er eine klare Antwort bekommt. (Lebhafte Zustimmung links), und nicht eine Antwort, die nachher interpretiert und nochmals interpretiert und schließlich weiterinterpretiert wird. (Lebh. Zustimmung links.)

Wir richten an den Minister des Äußeren die Frage, ob er nicht, daß der moralische Druck, der durch das Schreiben an den Kardinal Kopp auf die Professoren der Theologie und die Religionslehrer zum Ausdruck gelangte, wirklich von dem betreffenden Herrn weggenommen ist. Mit Sicherheit geht das aus den Erklärungen des Ministerpräsidenten noch nicht hervor. Was ist nun beim Antimodernisteneid zu schmätern? Nicht nur offen ausgesprochene Glaubenslehre der katholischen Kirche, sondern auch Formeln, die nicht in dogmatische Formen gefaßt sind, sind zu be-

schwören. (Widerspruch im Zentrum.) Ich könnte Ihnen darüber lundenlange Vorlesungen halten, ich tue es aber nicht. Sie müßten mich sonst zum Professor der katholischen Theologie ernennen. (Große Heiterkeit.) Eine Zweifel ist durch die letztgenannte Formel eine materielle Veränderung in der Bindung eingetreten. Und darauf liegt der Schwerpunkt. Es wird u. B. gefordert, daß die Entsaufung der Gelehrtenpflichtung dem Glauben nicht widerstreiten könne. Ich erinnere Sie an den

Prinzen Max von Sachsen.

Was war sein Verbrechen? Er hat erklärt, daß das Papsttum sich bei den Verhandlungen mit der griechisch-katholischen Kirche nicht ganz einmüßig benommen habe; das ist eine geistliche Tatsache. Glauben Sie, daß es noch Forderung sein kann, wenn jemand mit einem bereit zerschlageneu Nagel in die wissenschaftliche Forschung eintritt! Wer mit einer solchen Maßnahme in die wissenschaftliche Tätigkeit herintritt, der hat den Anspruch darauf verwirkt, wissenschaftlich sein zu sein. Ich fang dem Ministerpräsidenten darin nicht entgegen, wenn er sagt, daß staatsrechtliche Grundzüge nicht verletzt wurden. Im Artikel 20 der Verfassung heißt es ausdrücklich: Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei. Wenn dieser Satz in die Verfassung aufgenommen wurde, so sollte dies nicht eine Binsenwahrheit, eine Wahrheit sein, die die Spagen von den Dächern pfeifen, sondern ein Satz von praktischer Bedeutung. Er ist eine praktische Forderung, die der wissenschaftlichen Arbeit zu vernünftigen Art und Weise bestimmt, daß alle öffentlichen Unterrichtsanstalten unter Staatsaufsicht stehen, die öffentlichen Lehrer haben Rechte und Pflichten der Staatsdiener. Daraus ergibt sich, daß auch die katholischen Theologieprofessoren Staatsdiener sind. Die Theologieprofessoren sind Beamte von dem Augenblicke an, wo der Staat sie anstellt, und dann ist es ihre Aufgabe, sich die Pflicht zu erwählen. Wenn der Staat Professoren, die den Eid geleistet haben, anstellt, so liegt das mit der Verfassung nicht in Einklang. Es werden ja auch die Statuten der Fakultäten vom Staate festgelegt. Die Grundlage, auf der die katholischen Professoren angestellt sind, wird aber auch durch einen solchen einseitigen rücksichtslosen Akt der Kurie verletzt. Ein ähnlicher Vorgang spielte sich schon 1870 ab. Damals verlangte die Kurie, daß die katholischen Professoren den Eid auf das Bannulum leisteten. Zwei Professoren weigerten sich, nicht lediglich deshalb, weil sie das Bannulum nicht anerkennen wollten, sondern weil sie ganz ausdrücklich erklärten, das sei eine Verletzung ihrer Verpflichtung dem Staate gegenüber, und die Regierung ließe sich damals auf den Standpunkt, daß die Professoren vollständig recht behandelt hätten. Nun ein Gegenstück aus dem Jahre 1885. Damals verlangte der preussische Staat von den katholischen Religionslehrern den Eid auf die Verfassung. Da erklärte die Kurie: Ihr habt den Eid nicht zu leisten, ohne der Staat sich mit der Kurie darüber verständigt hat. Ja, wenn es damals der Kurie recht war, wird heute dem preussischen Staate billig sein. (Sehr richtig! links.) Ich glaube auch, daß die Kurie, ich will nicht sagen, sich dessen bewußt war, daß sie heute in staatliche Rechte eingreift, aber daß sie sich bei einiger Besinnung dessen hätte bewußt sein müssen. Der Kultusminister hat am 16. Januar erklärt: Wenn ich die Erklärung der autoritativen kirchlichen Stelle, daß der Eid von den Lehrern und Professoren nicht verlangt werde, entgegengenommen habe, so bin ich der Meinung gewesen, daß es eben die Auffassung der Kurie ist, daß sie freireichliche Gebiete zwischen Staat und Kirche nicht betreten wollte. Das war der Gedanke, dem der Minister damals Ausdruck gab und dem jeder beipflichten wird. Wenn er gutfindend war, dann müßte ich also auch die Kurie des Eingriffs bewußt sein. Schon 1885 hatte Leo XIII. eine Antimodernisten-Engliffa in Vorbereitung. Sie war auch schon fertig. Es ist zwar in der Öffentlichkeit nicht bekannt, aber eine absolut verbugte Tatsache: der Papst sprach damals mit einem deutschen Bischof, und dieser rief ihm ab, daß er veröffentlicht, weil die katholische Kirche in Deutschland mit der weltlichen Macht in Frieden leben wollte. (Hört, hört! links.) Leo XIII. war klug und vorfristig genug, die Engliffa zurückzugeben. Was damals Leo XIII. sich leisten hätte, hätte sich heute Pius X. wohl auch leisten können. Wir meinen also, daß in der Art des Vorgehens der Kurie eine

Miñchenschaftigkeit gegen den preussischen Staat

liegt. Der preussische Staat wird hier als eine Macht behandelt, mit der man gar nicht zu verhandeln braucht. Es wird gefordert, damals, als die Kulturkampfgesetzgebung abdrückte, zwischen dem Staat und der Kurie vereinbart worden, man solle jede einseitige Aenderung des status quo von sich weisen. Ob diese Vereinbarung damals wirklich getroffen worden ist, weiß ich ja nicht, aber selbst wenn sie nicht getroffen worden ist, muß man sich doch fragen, daß jeder friedliebende Mann so handeln würde, als wenn derartige vereinbart wäre. Wie war es möglich, daß der Kultusminister hier ausdrücklich sagte, von autoritativer kirchlicher Seite sei es unterrichtet, daß der Eid von den Professoren und Lehrern nicht verlangt werde? Wir haben denn doch ein erhebliches Zutreffen daran, daß wir in dieser das ganze deutsche Volk erregenden wichtigen Frage genau unterrichtet sind, und nachher stellt sich heraus, daß die von der autoritativen kirchlichen Seite gegebene Antwort durchaus verkehrt war. Ich frage mich, was kommt, und schätze die bringende Bitte daran, daß es etwas in Zukunft nicht wieder geschieht. (Lebh. Beifall links.) Es ist hier darauf hingewiesen worden, wir hätten doch einen Geländeten in Rom, durch den es schließlich nicht schwer sein sollte, Aufklärung in solchen Fragen herbeizuführen, aber ich muß noch einen weiteren Vorwurf gegen die Regierung erheben: Es unterliegt keinem Zweifel, daß sich die Lage des Staates in diesen schwierigen Verhältnissen zu ungünstigen des Staates verhalten hat, und zwar dadurch, daß der Staat monatlang einseitig nicht getan hat. (Sehr richtig! links.) Wenn im September vor. J., als das Vetus proprio erklärte, der Staat sofort festgesetzt hätte, wann von der Eid verlangt werde, und wenn er sofort in Rom vorstellig geworden wäre, dann wäre keine Lage heute ungleich günstiger. Nun sind in der Zwischenzeit eine ganze Reihe von Herren durch einen gewissen Konflikt dahin gekommen, den Eid zu leisten, und es ist schwerer, mit diesen Herren, die den Eid geleistet haben, zu tun, was das Staatsinteresse erfordert, als es in dem Augenblicke gewesen wäre, wo die Herren den Eid noch nicht geleistet hätten. (Sehr richtig! links.) Also wenn die Regierung monatlang geschwiegen hat, so hat sie ihre Pflicht gegenüber dem preussischen Volke nicht getan. (Ein paar Worte über

die freie Forschung.

Der Minister hat bestritten, daß die Stellung der Professoren, die den Eid geleistet haben, erschüttert oder daß das Ansehen der Universitäten als Forschungsstätte in Frage gestellt werde. Er hat sich dann zum Zeugnis dafür auf das Urteil katholischer Theologieprofessoren berufen. Ich glaube dem Hg. Dietrich durchaus recht, daß es bis heute zu einem gewissen Grade Sache der Individualität ist, ob man irgend eine Bindung mit einer inneren Freiheit verbinden kann. Immerhin möchte ich meinen, daß die katholischen Theologieprofessoren nicht so ganz unabhängige Zeugen sind. Auf die Beratung des Ministers auf zwei evangelische Theologen kann ich nicht geben, denn ich kenne die Namen der Herren nicht. Jedenfalls muß ich auf Grund einer Äußerung, die Professor

Dennoch nach der Veröffentlichung der Enzyklika pascenti gemacht hat, betreten, daß Professor Harnad darunter ist. (Wieder-
spruch im Zentrum.) Ich rechne auch nur mit gegebenen Größen
und nicht mit Irrtümern, wie andere Herren. Was sagen denn diese
zwei Stimmen! Der Minister müßte erst einmal zeigen, wieviel
evangelische Theologen er befragt hat. Hätte er 200 gefragt, und
von diesen hätten nur zwei „nein“ gesagt, so wäre das eine recht
verehelichte Zahl. Ich unterschreibe das Wort des Rektors der
Würzburger Universität: Nicht des Worts der Wahrheit soll
sich die Universität rühmen, sondern des Strebens nach ihr. Dieses
Wort enthält nicht nur eine menschliche Wahrheit, sondern auch
eine religiöse.

Ich muß dabei bleiben, daß der Eid sich schwer mit der Be-
sorgung vereinbaren läßt und einen Schlag ins Gesicht der wissen-
schaftlichen Forschung bedeutet,

und zwar nicht nur, wie Herr Dietrich sagte, einen Schlag gegen
die liberale wissenschaftliche Richtung, sondern auch gegen die
positive Theologie. Ich wiederhole die Frage, wieviele
Professoren wirklich den Eid geleistet haben, nicht weil ich wissen
will, wieviele aufrechte Männer sind oder nicht. Aber wir haben
ein anderes Interesse daran. Der Minister will die katolischen
Theologischen Fakultäten aufrecht erhalten. Da ist es doch möglich,
zu wissen, wieviele Professoren den Eid geleistet
haben. Es ist daher richtig für die Kurie, das ist ihr Inter-
esse (Satz 1) zu stellen, daß sie alle modernen Einrichtungen
in ihren Dienst zu fällen weiß; der Staat kann sie zahlen. Man
müß bedenken, wer auf den Universitäten und wer auf den
höheren Schulen erogen wird: auf den Universitäten einige
wenige Theologen, ernsthafte Leute, ein Unterricht von
wenigen Jahren und nur katholische Theologie, auf den höheren
Schulen das Gros der Kinder aller gebildeten Klassen, in dem
bleigamen Alter, ein Unterricht während der ganzen Schulzeit
in allen Gegenständen. Daraus ist zu verstehen, warum die Kurie
auf dem Gebiet der höheren Schulen feinerer Konzeptionen macht.
Sie hat hier weit größere Interessen als auf dem Gebiete der
Universitäten. Wenn ich die Frage auch nur von Standpunkte
des preussischen Staates und des päpstlichen Staates behandeln
will, so muß ich doch hinweisen auf die Enzyklika Leonis XIII.
vom 22. 9. 1880, worin es heißt: „Ihr wißt doch, welche Gebote in
der Kirche sind hinsichtlich des Verkehrs mit Andersgläubigen,
dennt nicht der Glaube im Verkehr mit ihnen Schaden leidet!“
Kann bei solchen Anschauungen ein wirklich amoralischer Geist
in den Schulen betätigt werden? (Zuruf a. d. Ztr.: Wird
nicht gehen!) Sehen Sie die Gefahr nicht, die gerade diesen
Bestrebungen von der Kurie droht im Jahre der Bornomus-
Enzyklika. Der Minister hat uns gelagt und leider hat der
Ministerpräsident heute das Wort aufgenommen: Wir haben schon
unser staatliches Verhältniß! Die Schule soll nicht bloß unter-
richten, sondern auch erziehen. Dazu wollen wir aber Persönlich-
keiten unter den Lehrern haben; mit geistlichem Rückgrat
kann man nicht aufrecht stehen. (Sehr richtig! links.) Diese Frage
knebelt in die tiefsten Tiefen der Seele unseres Volkes ein, und
von ihrer richtigen Beantwortung hängt mehr ab für unser Volk
als von Zöllen und Steuern.

Es handelt sich darum, ob der Staat in seiner ureigensten
Domäne, in der Schule, Herr im Hause bleiben soll und ob der
preussische Staat in Rom als eine Macht angesehen werden
soll oder nicht.

Im Volke meint man vielfach, es sei nicht opportun, über diese
Angelegenheit zu sprechen. Aber nach den Erfahrungen, die wir
im Vorjahre bei der Bornomus-Enzyklika gemacht haben, halte
ich die Besprechung für nötig. Nicht daß die Bornomus-Enzyklika
unser Verhältniß bestimmt hat und daß sie von autoritativer
Stelle kam, was das für sie nicht ist, sondern daß sich
nicht in unker katholischen Weltbürger wie ein Mann
erheben und Stellung genommen haben gegen eine solche Bestim-
mung. Bei aller Ehrfurcht, die die (zum Zentrum) dem Stuhle
Petri schuldig sind, wäre es gewiß möglich gewesen, ein solches
Wort zu sprechen. Der König von Sachsen war der einzige, der
es gefunden hat; hätten unsere katholischen Mitbürger so ge-
sprochen, sie hätten sich um den konfessionellen Frieden verdient
gemacht. (Zustimmung links.) Wunderte ich einmal gefragt, der
Kulturkampf ist zu Ende, aber der Kulturkampf um die Schule
steht uns noch bevor. Wenn man diese päpstlichen Kundgebungen
liest, dann sollte man wirklich fragen, ob das wirklich Vollma-
schritte sind die das Signal zum Angriff geben. Vielleicht
mag ein württembergischer Minister recht haben, der da sagte, daß
das Problem der Trennung von Staat und Kirche näher liege.
Wird der Krieg uns ausgedrungen, müssen wir bereit sein.

Der Ministerpräsident möge daher die Augen offen und die
Zaun geballt halten.

Mit Nachgiebigkeit gegen Rom kommen wir nicht weiter. Dem
Minister des Aeußeren und dem Kultusminister müßte ich ein
Paar Bismarcksche Käsestücke, mit denen sie
dann fest auftreten sollten, auch wenn es einmal fritti und bebt
sich über die Berge hinaus! (Lobhafter Beifall.) Arieren wir
nur einmal ein energisches Wort Kom gegenüber, halten wir es
aber von allen kirchlichen Angelegenheiten ganz prinzipiell zurück.
Dann wird auch in dem Kampfe der Sieg unser sein. Die Ge-
schichte lehrt es so. Die Geschichte ist unsere Lehrmeisterin trotz
aller Enzykliden und Modernisteneide. (Lobhafter Beifall links.)

Abg. v. Kardhoff (fr.): Mit den Ausführenden des Minister-
präsidenten sind wir durchaus einverstanden. Wir hoffen, daß
diese ernste und feste Sprache auf die Diplomatie der Kurie den
erforderlichen Eindruck macht. Meine politischen Freunde billigen
keine Verletzungen der religiösen Gebiete der Katholiken. Ein
neuer Kulturkampf wäre ein Unglück. Aber einen laichen Frieden
wollen auch wir nicht. (Zustimmung.)

Abg. Jund (Sp.): Die Staatsregierung hat etwas spät
Stellung genommen. Die Kommerzanten, die im Vorjahre eine
ausreichende Besprechung der Bornomus-Enzyklika vertriebt
haben, tragen Mitschuld an dem Vorgehen des Vatikan. (Sehr
richtig! links.) Die profanen Unterforschungen sind von jedem
konfessionellen Gesichtspunkte zu trennen. Inmenschlichkeit wird
hier der erste Schritt zur Konfessionsalterierung der höheren Lehr-
anstalten getan. Beim Ministerpräsidenten hätten wir
etwas mehr Festigkeit

gewünscht. Die Veröffentlichung des Briefes an Kardinal Fischer
war eine direkte Kriegserklärung der Kurie an die Regierung.
Der Fortbestand der Gemächlichkeit in Rom wird in weiten Kreisen
der evangelischen Bevölkerung als dauerndes Canossa aufgeföhrt.
Das Zentrum formuliert seine Forderung, daß die Schule der
Kirche untergeordnet sein muß, immer klarer. Wir wollen keinen
konfessionellen Frieden. Die Befreiung der geistlichen Schulver-
hältnisse ist unsere Forderung. Die Störung des Friedens kommt nicht
von uns, sondern von der Kurie. (Lobh. Beifall links.)

Abg. Engel (Folk): Der Kampf gegen Rom ist die Barocke
der Heße gegen den Modernisteneid. Die Propaganda der Prote-
stanten unter den katholischen Gläubigen verfolgt noch andere Neben-
zwecke.

Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr: Fortsetzung.
Schluß noch 4 Uhr.

Deutsches Reich.

Ein deutsches Kriegsschiff vor Casablanca.

Wie man aus Tanger telegraphiert, wird das deutsche
Kanonenboot „Eber“ auf der Reede von Casablanca ernartet.
Der auf einer Kreuzfahrt von den Kanarischen Inseln kom-
mende „Eber“ wird mehrere Tage vor Casablanca verweilen.
Angehörte der innermarokkanischen Krutrupen — es wurden be-
kanntlich am 2. März die deutschen und englischen Kurieren, die
von Fez nach Tanger wollten, herauf und ausgeplündert —
und in Anbetracht der Tatsache, daß seit langer Zeit die
deutsche Flagge an der marokkanischen Nordküste nicht ge-
zeigt worden ist, wird das Erscheinen des Kanonenbootes von
der deutschen Kolonie freudig begrüßt.

Hof- und Personalmeldungen.

Der Kronprinz als Kommandeur der Ismarzen Husaren.
In Danzig wird am Mittwoch ein Sachverständiger des Ober-
hochschullandes erwartet, der das Dinaer Schloß auf seine Be-
wohnbarkeit prüfen wird. Man rechnet in Danzig mit einem
zweiwöchigen Aufenthalt des Kronprinzen.

Wie die „Magdeburger“ hört, sind alle Gerüchte, die
von einer erschlitterten Gesundheit des Kanzlers
wissen wollten, unbegründet. Herr v. Bethmann Hollweg hat
zwar in früheren Jahren an vorübergehenden Störungen der
Verdauungsorgane gelitten, so daß zeitweilig ein Aufenthalt
in Kissingen in Frage kam. Es kam aber nicht zur Aus-
führung dieses Planes, da der Kanzler durch wichtige Ar-
beiten von einem längeren Urlaub abgehalten wurde. Er er-
freut sich übrigens gegenwärtig wieder des besten Wohl-
befindens und seine Arbeitskraft ist unvermindert. (Mit
Möglichkeit zu dieser etwas unklaren Meldung bemerken, daß
Herr v. Bethmann Hollweg infolge neuerlicher Magenverstimmung
bereits einmal in dem Kissingener Sanatorium
des Geheimrats Dr. Dapper Kururlaub genommen
hatte. Auch im Juni d. J. war von dem Kanzler der Besuch
Kissingens geplant. Doch die Reise nach Kissingen nicht er-
folgte, — daran trug mehr die Ueberbürdung des Kanzlers
mit politischen Dingen, als sein Befinden schuld.)

Der neue Landesdirektor der Provinz Brandenburg. In
der Dienstag-Sitzung des Brandenburgischen Provinziallandtages
wurde an Stelle des zum 1. Juli dieses Jahres in den Ruhestand
tretenden Freiherrn v. Manteloff Oberpräsident v. Winterfeld
in Potsdam gewählt. Sein Gehalt wurde auf 23 000 Mark ein-
schließlich 5000 Mark Wohnungsgeld festgesetzt. Ferner erhält der
neue Landesdirektor 40 000 Mark für Instandhaltung der Dienst-
räume und der Hofesäle im Landeshaus.

Ausland.

Bischof geht nicht nach Petersburg.

Aus Paris wird gemeldet:
Die Meldung eines Berliner Blattes, daß der frühere
Minister des Aeußeren Bischof demnächst den Botschafter
Dorus auf dem Petersburger Botschafterposten ablösen werde,
wird am angegebenen Orte als unbegründet bezeichnet.

Kriegsminister gegen Generalfeldmarschall.

Aus Budapest wird berichtet: Zwischen dem Kriegsminister
Schoenaich und dem Generalfeldmarschall Konrad v. Szecheny
erregt sich seit längerer Zeit Gegenliebe, die der Defensiv-
politik bisher verborgen blieben, nunmehr aber ihre Folgen
haben dürfte. Der Generalfeldmarschall bezeichnete die von den
Delegationen jüngst bewilligte halbe Million als „elenden
Broden“, während der Kriegsminister jüngst in offener Sitzung
die Forderungen des Generalfeldmarschalls als die eines Theo-
retikers bezeichnete und hinzufügte, „fertig, wie es sich der
Theoretiker denkt, ist eine Arie nie“.

Man glaubt, daß in diesem Falle Schoenaich den Sieg
darauftragen werde.

Halle und Umgebung.

Salle a. S. 8. März.

Schönherrs „Glaube und Heimat“.

Schönherrs Tragedie „Glaube und Heimat“, die
ein Maxkeim in der dramatischen Literatur bedeutet, ging nun
auch hier über die Bühne und löste auf das ausverkaufte Haus eine
ungeheure Wirkung aus.

Die Tragedie, in der die Liebe zur Heimat und mit der Liebe
zum christlichen Glauben ringt, die groß und phantastisch Mensch-
lichkeit malt, Gutes wirken will und Gutes wirkt, fällt in jeder Hin-
sicht aus dem Rahmen der modernen Dramatik; sie reißt sich den
Werten unserer Klassiker an und wurde in ganz Deutschland
auch als klassisches Drama aufgenommen.

Die Aufführung in unserem Stadttheater war würdig.
m. f.

Pastorsfeier in Giebichenstein. Am Mittwoch, den 8. März,
abends 8 Uhr, wird in der Bartholomäus-Kirche in Halle a. S.
Giebichenstein, bis der Gemeinde seit Jahren hinweggewandene Hür-
genische Pastorsfeier stattfinden. Der Kirchenchor wird einen Chorist
aus der Johannispassion von Joh. Seb. Bach, den Pastorsgesang
von Vittoria und eine Pastorsmottete von S. Schick jünger
ferner sind in den Rahmen der kirchlichen Feier zwei Solosonge
der Frau Doktor Wilhelm H. So geht du nun, mein Jesu hin“
von Bach, und „Jesus neigt sein Haupt“ von W. Franck, sowie zwei
Orgelvorspiele von Herrn Organist Hentel (v. Burtzfelde und
J. S. Bach) eingeleitet.

Die Kaiserliche Ober-Postdirektion in Halle gibt bekannt, daß
der Plan über die Errichtung einer oberirdischen Telegraphenlinie
in Cröllwitz bei dem Postamt 2 in Halle (Saale) öffentlich
ausliegt.

Kunst und Wissenschaft.

Antonio Fogazzaro †

Rom, 7. März. Der Dichter Antonio Fogazzaro ist
heute früh in Vizenza an den Folgen einer Operation, die durch
ein Leberleiden notwendig geworden war, im 69. Lebensjahr
gestorben.

In Fogazzaros verliert Italien einen viel gefeierten Poeten,
der neben V. Annunzio und — am seiner Klarheit und Einfachheit

willen — auch oft im Gegensatz zu diesem als der Bedeutendste
in seinem Vaterlande galt. Er starb in seiner Vaterstadt, in der er
den größten Teil seines Lebens verbrachte, und aus deren Stille
er seine Aussen-erregenden Werke in die Welt hinausfandte.

Vermischtes.

Wieder eine Krise in einer Genossenschaftsbank.

Erfv vor kurzem wurde berichtet, daß zwei Genossenschafts-
banken durch unklare Maßnahmen ihrer Beamten in
schwere finanzielle Bedrängnis geraten waren. Jetzt wird ge-
meldet, daß die Genossenschaftsbank Tempelhof
und Umgegend, G. m. b. H., durch die Veruntreuungen ihres
Kassierers Kranz um etwa 140 000 M. geschädigt worden ist.
Die Tempelhofer Genossenschaftsbank, die in der Borussia-
straße 19 zu Tempelhof domiziliert, zählt etwa 400 Mitglieder.
Der Kassierer Karl Kranz, der im gleichen Hause wohnte, war
seit 4 Jahren im Dienste der Bank und leitete die Geschäfte
völlig selbständig. Er machte falsche Buchungen, trug ein-
gegangene Zahlungen nicht ein und verbrauchte das Geld für
sich. Wechsel von Kunden gab er in Zahlung, besah den Er-
lös für sich und verstand es, wenn die Gläubiger sich meldeten,
ihnen Prolongationsanträge in die Hände zu spielen. Aber
diese kleinen Maßnahmen genigten dem Kassierer nicht, und
so machte er schließlich mit zwei seiner Freunde ein „großes
Geschäft“. Er gründete eine „Baugesellschaft“ und besah deren
auf recht zweifelhafte Bauten mit Geldern der Tempelhofer
Bank. Schließlich wußten ihm die Geschäfte derart über den
Kopf, daß er nicht mehr aus und ein wußte, und als die
Revisorin zufällig eine Prüfung der Bücher vornahm, war
die Katastrophe unvermeidbar. Man lagte dem ungetreuen
Beamten die Verbrechen auf den Kopf zu und wurde ver-
haftet. Die Generalversammlung beschloß, den alten Aufsichtsrat
regresspflichtig zu machen. Bei Durchführung dieser Lage
oder bei einem einigermaßen günstigen Resultat hofft die
Bank, die schwere Krise, von der sie betroffen wurde, über-
winden zu können.

Stiftung des Prinzregenten Votivloos für die Armen Münchens.
Der Prinzregent wird an seinem 90. Geburtstag 10 000 Mark an
die Münchener Stabarmen verteilen lassen. Der Betrag ist bereits
der Stadtkasse angezwungen.

Letzte Nachrichten.

Siebzehn Arbeiter getötet.

H. Budapest, 7. März. Auf der Indufabrik in Sier-
tala löste sich ein mit Holzklammern beladener Eisenbahnwagen
am Kirchensodenberg ab und sank talwärts. Bei einer
Kurve entgleiste der Wagen. An der Unfallstelle fanden
23 Arbeiter. Der Wagen fiel um und begrub 20 Arbeiter
unter sich, 17 waren auf der Stelle tot, 2 Arbeiter wurden
lebensgefährlich verletzt.

Vierfacher Mord.

HTB. Barosdin, 7. März. Der Zimmermann Hanor ge-
riet mit seinem Vater in einen Wortwechsel. Unzufrieden
berühmt, enterrte sich der Sohn. Als nachts das ganze Haus
im tiefen Schlummer lag, löste sich der Sohn in die Wohnung der
Eltern. Er verlegte dem Vater mit einem Zimmermannsbeil
mehrere Schläge auf den Kopf, die der Schädel spalteten. Der
schlafende Mutter verlegte der Unmenschen mehrere Stiche mit
einem Messer und auch seinen Bruder und seine Schwester nach
er tot. Nach der Tat legte sich der Mörder ruhig nieder.
Sein heimtückender zweiter Bruder weckte ihn, als er das
Entsetzliche entdeckte, auf und übergab ihn der Polizei.

Der Modernisteneid.

Karlsruhe, 7. März. (Privattelegramm.) Die katolisch-
theologische Fakultät der Universität Freiburg hat sich, wie die
„Badische Landeszeitung“ erfährt, auf Ersuchen des Freiburger
Erzbischofs der bekannnten Erklärung der Breslauer Fakultät
zum Modernisteneid angeschlossen.

Die Opfer der Krimatographenkatastrophe.

Petersburg, 7. März. Bei dem Unglück in Biologoje ver-
brannten 182 Menschen. Von diesen Weichen findet man nur
mehr einzelne Teile. Viele Menschen, die bei der Katastrophe
alle Angehörigen verloren, sind wahrscheinlich geworden.

Minister Cassanow erkrankt.

w. Petersburg, 7. März. Der Minister des Aeußeren
Cassanow ist an Leichter Angina erkrankt, jedoch gibt sein Zu-
stand zu keinerlei Besorgnis Anlaß. Das Fieber des Patienten
ist mäßig. Die Temperatur beträgt 38 Grad.

Lohnbewegung der böhmischen Kohlenarbeiter.

Prag, 7. März. Die weißböhmisches Steinkohlenarbeiter
beginnen mit einer Lohnbewegung. Die Arbeiter fordern
für Säuer einen Mindestlohn von 3 Kronen und für Tegel-
arbeiter 10 Proq. Aufbesserung. Die Arbeiter wünschen
bis zum 24. März die Antwort in ihren Händen zu haben.

Brüssel, 7. März. Der holländische „Patriot“ will aus bel-
gischen und holländischen politischen Kreisen erfahren haben,
daß die holländische Befestigungsvorlage so gut wie begraben sei.
w. Dordrecht, 7. März. Die Priester, die den Hirtendienst
der Bischöfe versehen hatten und verhaftet worden sind, wurden
vor den Staatsanwalt geführt und einem Verhör unterzogen.
Der Gouverneur stellte an die Regierung das Ersuchen, den
Gesetz und zur Aufrechterhaltung des Volkes veranlassen.

Wien, 7. März. Auf beliebiger Straße wurden heute
zwei wachsende Polizisten in Anwesenheit von Hunderten
von Leuten erschossen. Die Täter entkamen.

Petersburg, 7. März. König Nikolaus von Montenegro
wird Ende März zum Besuch in Petersburg eintreffen.

Unterhaltungsblatt.

Gestern noch auf Holzen Koffen. Roman von Hoff
Boeber (Fort.). — Der Vermittler. Skizze von Paul
Eberhard. — Literatur.

